

Mehr Chancengerechtigkeit im sächsischen Schulwesen

FDP-Regierungsbeteiligung führt zu besserer individueller Förderung der Schüler und mehr Durchlässigkeit im Schulsystem

Die Ausgangslage:

- strikte Trennung nach Klassenstufe 4 und eine von der SPD aufgeweichte Bildungsempfehlung für das Gymnasium
- Durchlässigkeit zwischen Mittelschule und Gymnasium nicht gegeben: gerade einmal 0,6 Prozent der Schüler (66 Schüler) der Klassenstufe 6 wechselten im Schuljahr 2008/09 von der Mittelschule auf das Gymnasium
- organisatorische und inhaltliche Auseinanderentwicklung von Mittelschule und Gymnasium, beispielsweise durch zu wenige Angebote der zweiten Fremdsprache ab Klassenstufe 6 in der Mittelschule
- Übergang von Mittelschule auf Gymnasium hängt nicht allein von Noten ab, sondern erfordert beispielsweise auch Beschluss der Lehrerkonferenz - entsprechende Beschlüsse werden kaum gefasst. Die dann letzte Möglichkeit einer objektiven Bewertung ist eine Prüfung - die wird kaum geschafft.
- SPD hat gerade mal elf Modellschulen mit längerem gemeinsamen Lernen durchgesetzt - das ist ein Bruchteil der 300 Mittelschulen im Freistaat.

Während der Zeit der SPD-Regierungsbeteiligung ist die Durchlässigkeit des Schulsystems sogar gesunken:

Von 1.178 Schülern, die im Schuljahr 2003/04 von der Mittelschule auf das Gymnasium gewechselt sind, auf 444 im Schuljahr 2008/09. Noch schlechter sieht es bei den Schülern aus, die von Klasse 6 der Mittelschule in Klasse 7 auf das Gymnasium gewechselt sind. Diese Zahl fiel von 509 Schülern im Schuljahr 2003/04 auf 66 im Schuljahr 2008/09.

Zukünftige Veränderungen nach dem Koalitionsvertrag:

Mit der FDP werden zukünftig alle Schüler eine gegenüber dem Wechsel an das Gymnasium nach Klassenstufe 4 eine **gleichwertige Chance haben, auch nach der Klassenstufe 6 auf das Gymnasium zu wechseln**. Damit haben Eltern und Schüler die Möglichkeit, sich erst nach sechs Schuljahren für die eine oder andere Schulart entscheiden zu müssen. Das ist eine **Umkehr der bisherigen Praxis**. Bislang war der Übergang auf dem Papier zwar möglich, praktisch war er nahezu unmöglich.

Das haben wir im Einzelnen erreicht:

- In der 4. Klasse der Grundschule wird im Benehmen mit den Eltern eine **Bildungsempfehlung** abgegeben, die **leistungsorientierter** als die jetzige ist (Notendurchschnitt „gut“ beziehungsweise besser als 2,5). Damit wird die aufgeweichte Bildungsempfehlung zurückgenommen.
- Als **gleichwertige Chance wird auch in der 6. Klasse eine Bildungsempfehlung ausgestellt**, die vergleichbar dem Übergang nach Klassenstufe 4 ist.

- Die Mittelschule wird grundsätzlich aufgewertet und **zur Oberschule weiterentwickelt**. Dazu wird schrittweise **die zweite Fremdsprache wie an den Gymnasien ab Klassenstufe 6** eingeführt. Bisher gibt es solche Angebote nur an reichlich der Hälfte der derzeitigen Mittelschulen. Weiterhin werden in der **Klasse 5 und 6 der Oberschule Leistungsgruppen zur individuellen Förderung** angeboten.
- Die Lehrpläne der bisherigen **Mittelschule und des Gymnasiums werden mit dem Ziel der Angleichung** überprüft; eine stufenweise **Einführung ab dem Schuljahr 2011/2012** wird angestrebt.

Damit werden die zukünftige Oberschule und das Gymnasium pädagogisch besser miteinander verknüpft.

Die Ziele des längeren gemeinsamen Lernens werden mit der neuen Lösung optimal erreicht:

- **spätere Entscheidung für den Wechsel in das Gymnasium** zum Ende der Klassenstufe 6 für alle Schüler möglich
- **höhere Durchlässigkeit und damit bessere Chancen** für alle Schüler
- **Angleichung der vermittelten Inhalte** in Oberschule und Gymnasium in den Klassenstufen 5 und 6
- **Stärkung der bisherigen Mittelschule** und mehr Leitungsorientierung
- **stärkere Förderung der bisherigen Mittelschüler**, um später bessere Bildungsabschlüsse zu erreichen, wird eingeführt

Mögliche Alternativen:

Die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens an Grundschulen beziehungsweise in Form von Schulverbänden mit Mittelschulen würde aufgrund der vorhandenen räumlichen Voraussetzungen bedeuten, dass innerhalb dieser Legislaturperiode nur ein kleiner Teil der Schulen und Schüler überhaupt von einer Neuregelung erfasst wird. Zudem wären zahlreiche Umbaumaßnahmen und damit erhebliche Mehrkosten erforderlich, ohne dass sich die Unterrichtsqualität erhöht. Die jetzige Lösung ermöglicht dagegen die schrittweise Aufwertung von fast 300 Mittelschulen sowie mehr Chancengerechtigkeit und bessere Aufstiegschancen für mehrere zehntausend Schüler noch in dieser Legislaturperiode.